

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Wolfgang Reichel (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen

Landeszuschüsse zum Ausbau der Kinderbetreuung – Fehlende Bewilligungen in der Stadt Mainz

Die **Kleine Anfrage 2292** vom 16. April 2014 hat folgenden Wortlaut:

Der Ausbau der Kinderbetreuung stellt jede Kommune vor große Herausforderungen. Die Stadt Mainz hat in den letzten Jahren viele Millionen investiert, um die fehlenden Betreuungsmöglichkeiten zu schaffen und setzt weiter erhebliche Finanzmittel ein, damit die Versorgung gewährleistet ist. Leider fehlen seitens des Landes die Zusagen, die notwendig sind, damit die weiteren Baumaßnahmen vorangebracht werden können. Ein vorzeitiger Baubeginn ohne die Zusage der Landesmittel scheint aktuell eher unwahrscheinlich und würde die Träger zudem erheblich belasten. In der Stadt Mainz wurde bereits angekündigt, dann auf die Stadt zuzukommen. Dies ist vor dem Hintergrund der fehlenden Finanzausstattung der Kommune unzumutbar, denn diese müsste dazu einen Nachtragshaushalt aufstellen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche Einrichtungen in Mainz erwarten in welcher Höhe Landeszuwendungen mit Antragsstellung 2013 und welche Zuschüsse wurden aktuell bewilligt?
2. Wann werden die weiteren Bewilligungen erteilt?
3. Welchen Umfang hat die durchschnittliche Bearbeitungszeit von Bewilligungsanträgen im Jahr 2010, 2011, 2012 und 2013?
4. Wie erklärt die Landesregierung die Länge der Bearbeitungszeit von Anträgen vor dem Hintergrund der großen Nachfrage nach Betreuungsplätzen für Anträge aus dem Jahr 2013?
5. Wie soll der Investitionsstau beseitigt werden, wenn unterstellt wird, dass auch im Jahr 2014 weitere Anträge auf Zuschüsse an das Land gestellt werden?
6. Welche Mittel stehen im aktuellen Landeshaushalt insgesamt und für die Stadt Mainz im Besonderen zur Verfügung?
7. Wie hoch sind aktuell die landesweit beantragten Zuschüsse für den Ausbau der Kinderbetreuung?

Das **Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 7. Mai 2014 wie folgt beantwortet:

Zu den Fragen 1 und 2:

Aus der nachfolgenden Tabelle ist zu entnehmen, für welche Kindertagesstätten im Jugendamtsbezirk der Stadt Mainz im Jahr 2013 Anträge auf Gewährung von Landeszuwendungen für den U3-Ausbau gestellt wurden und inwiefern eine Bewilligung erfolgt bzw. noch nicht erfolgt ist.

Die Antwort auf die Frage, wann die ausstehenden Bewilligungen erfolgen, entnehmen Sie bitte der Antwort zu Frage 3.

Name der Einrichtung	Ort	Landes- förderung	bewilligt
			(ja/nein)
St. Rochus	Mainz	6 000 €	ja
Heuergrund	Mainz-Hechtsheim	17 998 €	ja
Kindergarten und -hort	Mainz-Bretzenheim	44 076 €	ja
St. Joseph	Mainz	111 000 €	ja
Heilig Geist	Mainz-Mombach	403 000 €	ja
Kindergarten	Mainz-Hechtsheim	190 000 €	ja
Kindergarten Liebfrauen	Mainz	8 000 €	nein
Evangelischer Kindergarten	Mainz-Mombach	22 429 €	nein
Kindergarten Sandflora	Mainz-Gonsenheim	166 000 €	nein
Integrativer Kindergarten und -hort	Mainz-Lerchenberg	111 000 €	nein
Kommunaler Kinderhort	Mainz-Weisenau	328 000 €	nein
Evangelischer Kindergarten	Mainz	123 000 €	nein
Akademisches Bildungs-Centrum e. V.	Mainz	146 900 €	nein
Städtische Kindertagesstätte	Mainz-Mombach	415 000 €	nein
Kindergarten Rasselbande	Mainz	32 000 €	nein
Kindergarten St. Petrus Canisius	Mainz-Gonsenheim	110 000 €	nein
Kommunale Kindertagesstätte	Mainz-Marienborn	16 000 €	nein
Evangelischer Maria-Magdalena Kindergarten	Mainz-Lerchenberg	123 000 €	nein
Campulino II	Mainz	498 000 €	nein
Kindertagesstätte Albert-Stohr-Straße (Provisorium)	Mainz-Bretzenheim	415 000 €	nein
Kindergarten Maria Heimsuchung	Mainz-Laubenheim	332 000 €	nein
Kindertagesstätte Schillstraße	Mainz	498 000 €	nein
Kindertagesstätte Alte Patrone	Mainz	415 000 €	nein
Therapeutische Tagesstätte	Mainz-Bretzenheim	25 200 €	nein
Städt. Kindertagesstätte Wolkenburg	Mainz-Ebersheim	83 000 €	nein
Kita der WFB Mainz Fertigung & Service	Mainz	450 500 €	nein

Zu Frage 3:

Die Bearbeitungszeit von Anträgen auf Investitionskostenförderung hängt von verschiedenen Faktoren ab. In einer Vielzahl der Fälle werden Anträge vorgelegt, die die notwendigen Voraussetzungen zur Bewilligung nicht erfüllen. Antragsteller benötigen Zeit, um fehlende Unterlagen wie beispielsweise baufachliche Stellungnahmen oder vollständige Finanzierungspläne vorzulegen. Der Zeitpunkt der Bewilligung hängt aber auch von der Verfügbarkeit der Haushaltsmittel ab. Die Dauer der Bearbeitung von Anträgen kann daher zwischen Wochen und Monaten variieren. Antragsteller können das Instrument des vorzeitigen Maßnahmebeginns (VZMB) nutzen, um mit der Baumaßnahme zu beginnen, ohne den Anspruch auf eine Investitionsförderung zu verlieren. Anträge auf VZMB werden und wurden – soweit notwendig – vom Land kurzfristig bewilligt.

Eine statistische Erfassung durchschnittlicher Bearbeitungszeiten wird aufgrund dieser komplexen Zusammenhänge nicht praktiziert und ist auch zukünftig nicht vorgesehen.

Zu Frage 4:

Der Zeitpunkt einer Bewilligung richtet sich nach der Verfügbarkeit von Haushaltsmitteln. Im Jahr 2013 hat das Land aufgrund der durch den Bundesgesetzgeber festgelegten engen Fristen vorrangig Investitionsmaßnahmen im Rahmen des Investitionsprogramms „Kinderbetreuungsfinanzierung 2013 bis 2014“ bewilligt. Zu berücksichtigen ist auch, dass es Ende 2013 zu einer außergewöhnlich hohen Zahl von Antragstellungen kam, die sich noch auf die bis 31. Dezember 2013 geltende Verwaltungsvorschrift bezogen haben.

Zu Frage 5:

Von den Förderanträgen, die bis Ende 2013 beim Landesjugendamt eingegangen waren, konnten in der Zeit von Januar bis April 2014 bereits annähernd 200 Anträge bearbeitet werden. Über die Bearbeitung der weiteren Förderanträge aus 2013 (Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung“ 2008 bis 2013) hat das Landesjugendamt die Träger der öffentlichen Jugendhilfe mit Schreiben vom 22. April 2014 informiert.

Bezüglich der Förderanträge 2014 ist vorgesehen, in zwei Bewilligungsrunden Entscheidungen über die Maßnahmenförderung zu treffen.

Zu Frage 6:

Im Doppelhaushalt 2014/2015 stellt das Land für den weiteren U3-Ausbau 35 Millionen Euro in Form von Kassenmitteln und Verpflichtungsermächtigungen zur Verfügung. Eine Festlegung von bestimmten Förderbudgets für einzelne Kommunen ist hiermit nicht verbunden. Über Anträge aus der Stadt Mainz wird im Rahmen der vorgesehenen Bewilligungsrunden 2014 und 2015 entschieden.

Zu Frage 7:

Im Jahr 2014 wurden bislang landesweit 19 Anträge auf Investitionskostenförderung gestellt und damit insgesamt eine Landesförderung in Höhe von rund 1,3 Millionen Euro beantragt. Diese Anträge werden nach der seit 1. Januar 2014 gültigen Verwaltungsvorschrift entschieden. Darüber hinaus liegen ca. 300 Anträge auf Investitionskostenförderung vor, die bis zum 31. Dezember 2013 beim Land eingegangen sind und nach den Regeln der bis dahin gültigen Verwaltungsvorschrift entschieden werden. Die Bewilligung dieser Anträge hängt von der Qualität der Bewilligungsreife, der geplanten Fertigstellung der Baumaßnahme sowie der Verfügbarkeit der notwendigen Haushaltsmittel ab.

Irene Alt
Staatsministerin